

Frat 26. 6. 2021

Fehler beim Kohleausstieg

Hamburg schlägt Alarm: Netzentgelte steigen für energieintensive Industrien

dag. HAMBURG. An diese dramatische Nebenwirkung des von der Politik beschlossenen schnellen Ausstiegs aus der Kohleverstromung hat niemand gedacht. Energieintensiven Industrien, die sich als Cluster oft in der Nähe grundlastfähiger Kohlekraftwerke ansiedeln haben, droht wegen dramatisch steigender Netzentgelte das Aus. Der von der Bundesregierung im Aussiegsgebet nicht vorhergesehene Kostenanstieg „bedroht bereits jetzt Industriestandorte“, heißt es in einem Entschließungsantrag Hamburgs, dem der Bundestag am Freitag zustimmte und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) aufforderte, schnell das Gesetz anzupassen. In Hamburg, wo das moderne Kohlekraftwerk im Stadtteil Moorburg Anfang des Jahres als eines der ersten abgeschaltet wurde, spüren die ersten großen Industrieunternehmen die Auswirkungen schon jetzt. Heribert Hauck, Leiter Energiewirtschaft beim Aluminiumhersteller TRIMET, sagt es deutlich: „Die Netzgelderhöhungen, die der Grundstoffindustrie drohen, sind bestandgefährdend.“ Auch das Essener Unternehmen hat den Strom für seine Hamburger Fabrik bislang über zwei kurze Leitungen in die beiden Kraftwerksblöcke von Moorburg direkt bezogen und berechnet. Im Juli wird Moorburg endgültig stillgelegt.

Energieintensive Unternehmen können mit dem nahe gelegenen Kraftwerkbetreiber ein individuelles Nutzungsgeld vereinbaren. Es darf dabei nicht weniger als 20 Prozent bei mindestens 7000 Stunden, 15 Prozent bei mindestens 7500 Stunden und 10 Prozent bei mindestens 8000 Stunden energieintensiver Produktion betragen. Das hilft diesen Unternehmen. „Mit den vergünstigten Netzentgelten sind wir international wettbewerbsfähig“, sagt Hauck. „Das ist mit einer Energiewende, die keine grundlastfähigen Kraftwerke vorhält, extrem gefährdet.“ Kern des Berechnungsmodells für die Energiekosten der energieintensiven Betriebe mit einem Stromverbrauch von mehr als zehn Gigawattstunden ist der physikalische Pfad zum nächstgelegenen grundlastfähigen Kraftwerk. Nachdem Moorburg abgeschaltet ist, ist das für die Hamburger Fabrik von TRIMET das Atomkraftwerk Brokdorf. Das wird 2022 abgeschaltet, bei nahen Kohlekraftwerken in Niedersachsen wird ebenfalls schon über Sozialpläne und Ausstieg verhandelt. „Und dann sind wir schon bei den Braunkohlekraftwerken in der Lausitz, wenn ein Unternehmen in Hamburg grundlastfähigen Strom braucht.“ Kein Wunder also, dass der Erste Bürgermeister der Hansestadt, Peter Tschentscher (SPD), im Bundesrat Alarm schlug und Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) auforderte, die Unternehmen zu entlasten. Es bedürfe dabei „einer zügigen Lösung“, heißt es in der Einschätzung. Zwar sieht auch das Gesetz zum Kohleausstieg vor, dass die Industrie nicht zu stark belastet wird. Doch „Strompreissteigerungen“ durch den Wegfall oder eine Verlagerung des physikalischen Pfades würden nicht bedacht, obwohl sie ebenfalls durch die Beendigung der Kohlestromversorgung ausgelöst werden. Die Netzkosten für energieintensive Unternehmen könnten sich durch diese „Regelungslücke beim Kohleausstieg“ nahezu verdoppeln, sagte

Tschentscher. Dabei leisteten gerade die modernen Industrieunternehmen einen großen Beitrag zum Klimaschutz und produzierten in Deutschland mit weit geringeren CO₂-Emissionen als im weltweiten Durchschnitt.

Welche Dimensionen das Thema hat, zeigt ein Blick auf die Zahlen. Allein am Standort Hamburg verbraucht der Aluminiumhersteller TRIMET zwei Terrawattstunden Strom im Jahr, rund ein Drittel des Hamburger Energieverbrauchs. Neben dem Atomausstieg wendet sich Deutschland spätestens 2038 auch von der Kohle ab. In der Politik wächst die Sorge, dass die hohen Kosten, aber auch das Fehlen grundlastfähiger Kraftwerke zum sogenannten Carbon Leakage, zur Verlagerung der Produktion ins Ausland führen. Zudem ist beim Kohleausstieg nicht absehbar, welches Kraftwerk wann abgeschaltet wird. Auch im Hamburger Antrag heißt es, „dass die Reihenfolge hinsichtlich der Abschaltung nicht vorhersehbar ist, sodass keine Planungssicherheit für Unternehmen herrscht“.

Die Strompreise sind nur eine Seite des Problems. Die Grundstoffindustrie braucht auch eine zuverlässige Versorgung mit Strom, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. „Wir haben einen Systembruch, weil die Grundlast abgeschaltet wird, wir aber als Grundstoff-Industrie darauf angewiesen sind, grundlastfähigen und international wettbewerbsfähigen Strom zu bekommen“, sagt Hauck. Die Wettbewerber im Ausland hätten beides – günstigeren und grundlastfähigen, sicherem Strom. Neue grundlastfähige Kraftwerke sind mit der Energiewende nicht geplant. (Kommentar Seite 26.)